

Deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaft der Bundesrepublik zum Frühherbst 1972

Mit gedämpftem Optimismus kann die Wirtschaft der Bundesrepublik das Herbstgeschäft erwarten und auch schon in das Jahr 1973 blicken. Wesentlich günstiger, als noch am Beginn dieses Jahres erwartet wurde, entwickelte sich die Konjunktur im 1. Halbjahr 1972. Bundesregierung, Sachverständigenrat, Wirtschaftsforschungsinstitute und andere Konjunkturbeobachter hatten eine Stagnation, einen Stillstand des wirtschaftlichen Wachstums, befürchtet. Statt dessen ist das Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1972 real (nachdem die Preissteigerungen ausgeschaltet worden sind) um 2 bis 2,5 vH größer gewesen als ein Jahr zuvor.

Ein erneuter Wirtschaftsaufschwung ist in Gang gekommen. Indessen hat er offenbar eine ungewöhnlich lange Anlaufzeit. Ihm fehlt immer noch der rechte Schwung; die Wachstumsimpulse sind noch schwach. Allerdings muß sich dieses Urteil hauptsächlich auf statistische Daten stützen, die nur bis zum Ferienmonat Juli reichen¹⁾. Es ist durchaus möglich, daß die Urlaubszeit und dabei insbesondere die stärkere Auseinanderziehung der Ferientermine den Konjunkturaufschwung verzögert haben.

Unternehmer erwarten gutes Herbstgeschäft

Aussagen über die Unternehmererwartungen sind zeitnähere, wenn auch nicht so fundierte Anzeichen für eine zunehmende Belebung der Konjunktur. So war die

1) Dieser Bericht wurde am 10. September 1972 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion der Industrie nur bis zum Monat Juli 1972 vor.

Stimmung der Aussteller auf den Konsumgütermessen in Frankfurt, Offenbach (Lederwaren) und Düsseldorf (Damenkonfektion) von Anfang September insgesamt zuversichtlich. Auf Grund der zufriedenstellenden bis guten Messeergebnisse rechnet der Handel mit einem recht guten Herbstgeschäft. Die Kauflust der Verbraucher hält unvermindert an, und die Verbrauchskonjunktur, die seit etwa anderthalb Jahren die wichtigste Stütze der gesamten Konjunktur ist, scheint ungebrochen mit bemerkenswerter Stetigkeit in die Aufschwungphase des neuen Konjunkturzyklus überzugehen.

Aber auch in der Industrie hat sich das Geschäftsklima spürbar verbessert. Nach den Anfang September veröffentlichten Ergebnissen der jüngsten Erhebung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung sind die Industriefirmen auf einen gedämpften Konjunkturaufschwung bis 1973 eingestellt. Sie rechnen mit einer Umsatzsteigerung von durchschnittlich 6,7 vH im Jahre 1972 (bei einem Anstieg der Preise für Industrieerzeugnisse um etwa 2,8 vH) und von knapp 9 vH im Jahre 1973.

Dabei stützen die Unternehmer ihre Erwartungen stärker als in früheren Aufschwungphasen auf das Inlandsgeschäft. Ihre Exportchancen schätzen sie vorerst noch sehr vorsichtig ein; doch ist anzunehmen, daß hier recht bald eine optimistischere Beurteilung des Ausfuhrgeschäftes Platz greift. Denn wahrscheinlich wird sich die Voraussage des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung bestätigen, wonach die Auslandsnachfrage bei fortschreitender, wenn auch insgesamt noch gemäßigter Expansion in Europa und kräftigem Aufschwung in den USA zügig weiter steigen wird. Auch das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet einen weltweiten Konjunkturaufschwung, nicht zuletzt als Folge einer gegenseitigen Verstärkung der Expansion in den einzelnen Ländern.

Investitionsneigung nimmt nur langsam zu

In der Investitionsbereitschaft der Unternehmer ist zwar seit dem Frühjahr ein

positiver Wandel zu beobachten, doch nimmt die Investitionsneigung nur sehr langsam zu. Die bereits erwähnte Erhebung des Ifo-Instituts ergab, daß nach den Investitionsplänen der Unternehmen die Bruttoanlageinvestitionen der Industrie in diesem Jahr um 6 bis 7 vH niedriger sein werden als 1971. Auch 1973 wollen die Industriefirmen nicht mehr investieren als in diesem Jahr; indessen werden diese Planungen voraussichtlich nach oben revidiert werden. Was die Ausrüstungsinvestitionen der gesamten Volkswirtschaft anbelangt, so sieht das Ergebnis des 1. Halbjahres 1972 doch nicht so trübe aus, wie es noch im Frühjahr befürchtet wurde. Ende April nahmen die Konjunkturforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsprognose einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (Produktionsapparaturen, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), verglichen mit dem 1. Halbjahr 1971, um real 6 vH an; während sich das tatsächliche reale Ergebnis des 1. Halbjahres 1972 mit dem des 1. Halbjahres 1971 annähernd deckt. Für das 2. Halbjahr 1972 rechnet das Ifo-Institut wieder mit einer realen Zunahme, und zwar um 2,5 vH — in der Frühjahrsprognose war noch Stagnation angenommen worden.

Anders als es bei den Ausrüstungsinvestitionen der Fall war, ist die Bautätigkeit während des 1. Halbjahres 1972 sehr rege gewesen; die realen Bauinvestitionen waren um rund 7 vH höher als ein Jahr zuvor. Insbesondere im Wohnungsbau überschreitet die Nachfrage die Produktionsmöglichkeiten, die auch im 2. Halbjahr die Grenzen der Bautätigkeit bestimmen werden.

Gute Chancen für stetigen Konjunkturverlauf

Insgesamt ist das Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1972 real um rund 2,5 vH größer gewesen als im 1. Halbjahr 1971. Für das 2. Halbjahr 1972 wird eine reale Zuwachsrate von 3,5 vH erwartet, und für das Jahr 1973 rechnet die Bundesregierung mit einem realen Anstieg des Sozialprodukts um 5 vH. Die Chancen für

ein stetiges und relativ gleichmäßiges "Wirtschaftswachstum sind jedenfalls zur Zeit gegeben; sie sind erheblich besser als 1967/68. Insbesondere wird die Entwicklung der Löhne und Gehälter einerseits und der Gewinne andererseits diesmal voraussichtlich gleichmäßiger verlaufen als 1967 bis 1969. Für eine erneute Gewinnexplosion, für ein rasantes Davonlaufen der Gewinne im Konjunkturaufschwung gibt es zur Zeit jedenfalls keine realen Startchancen. Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen ist grundsätzlich zuzustimmen, wenn es in seinem wirtschaftlichen Lagebericht 8/1972 als Aufgabe der Konjunkturpolitik in nächster Zeit ansieht, „die Voraussetzungen für einen maßvollen Aufschwung zu erhalten und beizeiten Instrumente für die Verhinderung einer erneuten konjunkturellen Übersteigerung bereitzustellen.“ Welche Instrumente wirkungsvoll anzuwenden sind — das ist freilich noch ein „weites Feld“ für die wirtschaftspolitische Diskussion der nächsten Zeit.

Immer noch zu hoher Preisanstieg

Alles in allem könnte die Konjunkturentwicklung im Herbst 1972 jedenfalls durchaus als befriedigend angesehen werden — wenn der Preisauftrieb nicht so stark wäre. In den letzten Monaten hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise sogar wieder beschleunigt. So war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Mai um 5,1 vH, im Juni um 5,4 vH, im Juli um 5,6 vH und im August um 5,7 vH höher als jeweils ein Jahr zuvor. Der Anstieg beruht hauptsächlich auf Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und im Dienstleistungsbereich. So verteuerten sich die Nahrungsmittel im Warenkorb der Indexfamilie vom Juli 1971 bis zum Juli 1972 um 6,6 vH, die Dienstleistungen um 7,2 vH. Die Erzeugerpreise für Agrarprodukte waren im Juli sogar um 14 vH höher als ein Jahr zuvor. Verglichen mit den entsprechenden Vorjahrszeiträumen, blieb der Anstieg der Preise für Industrieerzeugnisse in den Sommermonaten mit einer Rate von 2,7 vH gleich. Aber auch diese Steigerung ist zu

Beginn eines neuen Konjunkturaufschwungs zu hoch.

Bevor wir etwas ausführlicher auf Fragen eingehen, die sich aus dem zu hohen Preisanstieg ergeben, sollen noch einige Daten zur Abrundung des Konjunkturbildes gegeben werden:

Im gleitenden Dreimonatsdurchschnitt der Monate Mai bis Juli 1972 hatten die Aufträge bei den Industriefirmen einen um 4,8 vH höheren Wert als ein Jahr zuvor. Schaltet man die Preissteigerungen aus, dann ergibt sich eine Zunahme des Umsatzvolumens um gut 2 vH. Aus dem Inland konnten die Industriefirmen (wertmäßig) um 4,9 vH mehr Bestellungen verbuchen; die Exportaufträge nahmen um 4,3 vH zu. Im Juni entsprachen die Auftragsbestände der Industrie einer Produktionsdauer von 2,9 Monaten; sie war allerdings immer noch kürzer als im Juni 1971 (3,1 Monate). Auch im Juli haben sich die Auftragsbestände kaum verändert.

Die konjunkturellen Aufschwungtendenzen hatten bis zum Juni noch zu keiner nachhaltigen Belebung der Industrieproduktion geführt. Im Mai/Juni 1972 erzeugte die Industrie nur um reichlich 1 vH mehr als vor Jahresfrist. Im Juli 1972 wurde allerdings das entsprechende Vorjahrsergebnis um 3,5 vH übertroffen. Ob dies ein Zufallsergebnis in der Urlaubszeit war oder ob sich das Produktionstempo wieder etwas beschleunigt hat, werden erst die Ergebnisse der folgenden Monate erkennen lassen. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die Investitionsgüterindustrie im Juli wieder das Produktionsniveau des Vorjahres erreichte, während sie im Juni noch einen Rückstand von 3 vH hatte. Die Produktivität entwickelt sich in der Industrie anhaltend günstig. Seit dem Herbst 1971 pendelt das Produktivitätswachstum um knapp 7 vH.

Rekordergebnisse im Wohnungsbau

Recht unterschiedlich ist die Nachfrage nach Bauleistungen. Das Volumen der Baugenehmigungen (in cbm umbauten Raum gemessen) lag im Mai/Juni 1972 beim

Wirtschaftsbau um 13,5 vH und beim öffentlichen Bau um 6 vH unter dem Vorjahresergebnis. Dagegen wurde beim Tiefbau der Vorjahresstand um 7,5 vH übertroffen, beim Wohnungsbau sogar um 11 vH. Im 1. Halbjahr wurden im Wohnungsbau, auf den über die Hälfte des gesamten Hochbauvolumens entfällt, 13 vH mehr Genehmigungen erteilt als ein Jahr zuvor. Schwächt sich diese Entwicklung nicht im 2. Halbjahr ab, dann ist für das ganze Jahr mit rund 800 000 Baugenehmigungen für Wohnungen zu rechnen — das entspricht gut anderthalb Jahresproduktionen. Schon Anfang dieses Jahres betrug der Bauüberhang 981 500 Wohnungen — das machte etwa die zweifache Wohnbauleistung des Jahres 1970 aus. Diese Zahlen kennzeichnen eindeutig die starke Nachfrageexpansion im Wohnungsbau. Nach der Baupreisexplosion der letzten beiden Jahre hat das Tempo des Preisanstiegs nachgelassen — immerhin belief sich aber die jährliche Steigerungsrate bei Wohngebäuden im Mai auf 6,7 vH.

Wohl die meisten Unternehmen betreiben zur Zeit eine vorsichtige Personalpolitik. Anders als in gleichen Konjunkturphasen früher werden diesmal meist keine Arbeitskräfte gehortet, um sie dann im Aufschwung zur Verfügung zu haben. Die Industrie will ihre Beschäftigtenzahl in diesem Jahr um 2,3 vH verringern und 1973 nur geringfügig erhöhen; dies ergab die erwähnte Erhebung des Ifo-Instituts. Die geringe Einstellungsbereitschaft der Firmen spiegelt sich in der Arbeitsmarktstatistik wider. Ende August 1972 waren mit 198 300 Arbeitslosen 52 400 mehr registriert als im August 1971. Mit 0,9 vH ist die Arbeitslosenquote niedriger als in vergleichbaren Industrieländern der westlichen Welt. Es besteht Vollbeschäftigung, zumal die Zahl der offenen Stellen Ende August mit 596 100 fast dreimal so groß war. Die Kurzarbeit ist weiter zurückgegangen. Ende August 1972 wurden 14 600 Arbeitnehmer gezählt, deren Arbeitszeit um mehr als 10 vH unter der betriebsüblichen lag (August 1971: 38 100, Dezember 1971: 411 100). Die Zahl der auslän-

dischen Arbeitnehmer betrug im Juli 2,32 Millionen.

Geringe Chancen für Preisstabilität

Es gibt also nur geringfügige Reserven an Arbeitskräften. Bei den technischen Produktionsmöglichkeiten ist der Expansionspielraum zwar etwas größer, aber auch hier sind die Grenzen enger, als dies in früheren Aufschwungphasen der Fall war. Im Juli waren die Produktionskapazitäten der verarbeitenden Industrie zu rund 85 vH ausgelastet; in der Zeit des Booms 1969/70 betrug der Auslastungsgrad rund 90 vH. Im Zusammenhang mit dem starken Preisanstieg ist die Ausgangslage für den neuen Konjunkturaufschwung für das Erreichen eines stabilen Preisniveaus sehr ungünstig. Es muß damit gerechnet werden, daß der Preisauftrieb im neuen Konjunkturzyklus — dem sechsten seit Bestehen der Bundesrepublik — kaum schwächer, sondern eher noch stärker sein wird als im vorigen Zyklus.

Wirtschaftliche und soziale Stabilität in der Bundesrepublik

Daran werden Kürzungen im Bundeshaushalt — und seien sie noch umfangreicher als die von der Bundesregierung beschlossenen — nichts ändern können, zumal der Preisanstieg in der Bundesrepublik von der Jahreswende 1971/72 an wieder „merklich hinter den Steigerungsraten in anderen Ländern zurückblieb“, wie die Bundesbank in ihrem Jahresbericht für 1971 festgestellt hat. Mitte dieses Jahres nahm die Bundesrepublik in der Preissteigerungsskala international vergleichbarer Industriestaaten einen Platz im Mittelfeld ein. Selbst ein so stabilitätsbewußtes Land wie die Schweiz lag mit einem Verbraucherpreisanstieg von nahezu 7 vH erheblich weiter oben in der Skala der Geldentwertung. Länder mit einem *zur Zeit* schwächeren Preisanstieg haben meist größere Arbeitslosigkeit — wie die USA mit über 5 vH Arbeitslosenquote bei 3 vH Preisanstieg — und wesentlich stärkere soziale Spannungen — z. B. Italien — als die Bundesrepublik. Sieht man nicht nur die

Preisstabilität als Aufgabe des Staates, sondern — umfassender — die wirtschaftliche und soziale Stabilität, sieht man die gesamtwirtschaftliche Situation, dann nimmt die Bundesrepublik einen Spitzenplatz unter den vergleichbaren Ländern ein.

CDU/CSU kann auch keine Preisstabilität schaffen

Damit soll die Notwendigkeit, den Preisanstieg zu bekämpfen, nicht bagatellisiert werden. Aber man darf auch nicht in derart verantwortungsloser Weise eine Atmosphäre der Panikmache und Inflationshysterie schaffen wollen, wie es führende Politiker der CDU/CSU seit Monaten tun — nur um Wählerstimmen zu gewinnen. Diese Politiker wollen dem Volk — und vielleicht auch sich selbst — einreden, die Bundesregierung sei an den Preissteigerungen schuld. Preise werden in einer Marktwirtschaft jedoch größtenteils von Unternehmern gemacht, und der Einfluß der Regierung auf die Preisfestsetzungen der Unternehmer ist sehr begrenzt. Es ist eine Illusion zu meinen, eine von der CDU/CSU gebildete Bundesregierung könnte den Anstieg der Preise erfolgreicher bekämpfen. Hieran muß schon zweifeln, wer feststellt, daß in Ländern mit konservativen Regierungen, wie Großbritannien, Frankreich, Italien, die Preise ebenso oder stärker als in der Bundesrepublik steigen, daß dort zudem die sozialen Auseinandersetzungen härter sind. In diesem Zusammenhang ist auch der Hinweis angebracht, daß die Haushalte der von der CDU oder CSU geführten Bundesländer meist höhere Expansionsraten haben als der Bundeshaushalt. Anklagende Worte, wie die von der angeblichen „Inflationpolitik“ der Bundesregierung, der „Finanzkatastrophe“ und dem „Staatsbankrott“, können dem kritischen Beobachter nicht verdecken, daß die CDU/CSU kein Rezept zur Bekämpfung des Preisanstiegs hat, das anders und wirksamer ist als das der Bundesregierung. Die mit Zustimmung der Führungsgremien der CDU am 21. 8. 1972 vom Kanzlerkandidaten *Rainer Barzel* abgegebene Erklärung zur Stabilitätspolitik zählt le-

diglich wünschbare Ziele auf, enthält aber keine Aussage darüber, *wie* man diese und *zu welchem Preis* man sie erreichen kann. Darauf kommt es indessen in der gegenwärtigen Diskussion an.

Krise der Konjunkturpolitik

Denn der Konjunkturpolitik gelingt es nicht mehr, mit den herkömmlichen Mitteln den Preisanstieg wirksam zu bekämpfen. Auf diese Hilflosigkeit der Konjunkturpolitik weist das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) in seinem jüngsten Konjunkturbericht (in Heft 9/1972) hin. Es geht davon aus, daß der sich beschleunigende Preisauftrieb bei Produktionsrückgang, wie es 1970/71 zu beobachten war, „jeder These von marktwirtschaftlichem Angebot-Nachfrage-Mechanismus zuwiderläuft“. Die Schwerfälligkeit bei der Rückbildung der Preissteigerungsraten sei unübersehbar. Jede Konjunkturpolitik, die — wie es heute üblich ist — die Konjunktur durch eine Veränderung der Nachfrage beeinflussen will, müßte zur Zeit im Interesse einer höheren Geldwertstabilität noch weiteren Druck auf die Produktion und damit verstärkte Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, „sofern ein solches Konzept unter den gegebenen außenwirtschaftlichen Verflechtungen überhaupt noch realisierbar ist“.

Dann heißt es im Konjunkturbericht des WSI weiter: „Die gegenwärtig positiv erscheinende konjunkturelle Situation übertüncht mehr diesen schwelenden Konflikt, als daß sie ihn lösen könnte, weil das wirtschaftspolitische Instrumentarium zur Lösung dieses Konflikts fehlt. Denn dazu bedarf es ganz offensichtlich mehr als nur einer nachfrageorientierten Globalsteuerung. Eine neue wirtschaftspolitische Konzeption ist geboten, die neben einer verbesserten nachfrageorientierten Globalsteuerung die angebotsorientierte Struktursteuerung in ihr Instrumentarium aufnimmt. Gemeint ist damit, daß es künftig nicht mehr ausreicht, die Güterverwendung global zu beeinflussen, sondern daß auch Einfluß auf die Angebotsbedingun-

gen bei Gütern und Ressourcen genommen werden muß. Heute — zum möglichen Beginn eines neuen Konjunkturaufschwungs — ist einmal mehr der Zeitpunkt gekommen, sich dieser Tatbestände bewußt zu werden. Wird dieser Zeitpunkt versäumt, bleibt — zumindest für den nächsten Konjunkturzyklus — erneut nur die Resignation."

Wer in der Diskussion über die schleichende Geldentwertung als seriöser Diskussionspartner gelten will, der kann es sich nicht so einfach machen wie Herr Barzel, der muß sich um konkrete Lösungsmöglichkeiten bemühen, durch die das konjunkturpolitische Instrumentarium wesentlich verbessert wird.

Weltweiter Preisanstieg

Anders als es die Wahlkämpfer der CDU/CSU wahrhaben wollen, hat der der CDU angehörende saarländische Wirtschaftsminister, *Schäfer*, der früher Mitglied des Sachverständigenrates war, auf einem Colloquium in Bonn „die Inflation in erster Linie als weltweite Erscheinung“ bezeichnet, „der sich die Bundesrepublik wegen der Ohnmacht der Geldpolitik bisher nicht entziehen konnte“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31. 8. 1972). Zur Zeit wächst die Geldmenge in der Bundesrepublik pro Jahr um etwa 15 vH. Das ist bei einem möglichen realen Wirtschaftswachstum von rund 5 vH eine zu hohe Rate. „Solange aber die Geldversorgung in der Bundesrepublik von der Geldproduktion anderer Länder bestimmt werde, sei die Notenbank ohnmächtig“, heißt es in dem eben zitierten Bericht in der FAZ weiter. Die Frage also lautet, wie bei unserer starken Außenhandelsverflechtung eine außenwirtschaftliche Absicherung gegenüber dem internationalen Preisauftrieb erreicht werden soll? Durch ein erneutes Floating, das heißt durch erneute Aufwertung mit schädlichen Folgen für unseren Export — dies obwohl die D-Mark zur Zeit nicht unterbewertet ist? Oder durch immer größere Devisenkontrollen, die einen wachsenden Kontrollapparat erfordern? Die Bundesregierung

bemüht sich um eine bessere Weltwährungsordnung — aber das ist ein langer Weg. Dazu gehören nämlich die Ablösung des Dollars als Leitwährung der westlichen Welt sowie Vereinbarungen der wichtigsten Notenbanken über eine Beschränkung der Geldmengen.

„Wer so eng wie die Bundesrepublik in die Weltwirtschaft und in die EWG eingebunden ist, wer so viele seiner normalen Einwirkungsmöglichkeiten an die EWG und deren Organe abgegeben hat, der kann auf eigene Faust stabilitätspolitische Erfolge nicht mehr erzwingen. Die Grenzen einer nationalen Stabilitätspolitik sind eng gezogen, sie werden durch die Wirtschafts- und Währungsunion der EWG, die wir gemeinsam anstreben, noch enger und noch starrer werden.“ Hierauf hat *Helmut Schmidt*, der neue Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen hingewiesen, und ergänzend ist zu sagen, daß die meisten EWG-Partner, vor allem Frankreich und Italien, dem Bemühen um stabile Preise nicht den gleichen Rang einräumen wie die Bundesrepublik. Sie kann in der allmählich zusammenwachsenden EWG keine „Insel der Stabilität“ sein. Skeptisch wurde auf dem bereits erwähnten Colloquium in Bonn die Frage gestellt, ob sich die Bundesrepublik nicht mit der europäischen Integration auf einen Tausch „offene Märkte gegen schlechteres Geld“ einlasse.

Preisanstieg durch multinationale Konzerne

Neben den außenwirtschaftlichen Einflüssen gibt es für die schleichende Geldentwertung eine Reihe anderer Ursachen. Unter den Wirtschaftsforschern hat sich in letzter Zeit die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Preispolitik der großen, insbesondere der multinationalen Unternehmen mehr als andere Ursachen zur schleichenden Geldentwertung beiträgt. Nach jüngsten Schätzungen vereinen die multinationalen Unternehmen auf sich etwa ein Sechstel des Weltbruttosozialprodukts. Ihre Wachstumsrate beträgt das Doppelte des allgemeinen Wirtschaftswachstums. Die

flüssigen Mittel der hundert größten multinationalen Unternehmen übersteigen nach Schätzungen einer Harvard-Forschungsgruppe 27 Mrd. Dollar²⁾.

Die Preisbildung der großen Unternehmen erfolgt weitgehend unabhängig von der Nachfrage- und Kostenentwicklung auf Grund einer langfristigen Gewinn- und Investitionsplanung. Während in der Theorie der Gewinn ein von den Marktverhältnissen abhängiges, in seiner Größe schwankendes und nicht vorausbestimmbares Einkommen ist, planen tatsächlich die großen Unternehmen eine bestimmte Gewinnsumme fest als Zielgröße ein („target pricing“ = Zielpreissetzung). Typisch hierfür waren die letzten Preiserhöhungen für Autos, zu einer Zeit als der Absatz zurückging.

Dieses Verhalten ist möglich, weil es in weiten Bereichen der Volkswirtschaft nur wenig oder gar keinen Wettbewerb gibt. Ein oder wenige große Unternehmen beherrschen den Markt und beschränken den Wettbewerb durch ihr Verhalten. Der Sachverständigenrat hält in seinem letzten

Jahresgutachten die bestehende Wettbewerbsordnung in der Bundesrepublik für unzureichend. Das im Kartellgesetz festgelegte Verbot für marktbeherrschende Unternehmen, ihre Marktmacht mißbräuchlich auszunutzen, sei durch die Rechtsprechung „fast zur Bedeutungslosigkeit degradiert.“ Die Sachverständigen haben die Absicht der Bundesregierung begrüßt, durch eine Kartellnovelle die Wettbewerbsbeschränkungen energischer zu bekämpfen und Fusionskontrollen einzuführen, wodurch erstmals das Entstehen wirtschaftlicher Macht durch Unternehmenszusammenschlüsse verhindert werden könnte. Die Unternehmer und ihre parlamentarischen Helfer wollen aber eine stärkere Bekämpfung der Wettbewerbsbeschränkungen verhindern. Leider hat auch die CDU/CSU in ihrer Mehrheit bis jetzt dem Entwurf einer Kartellnovelle ihre Zustimmung versagt.

Günter Pehl

2) Diese Angaben enthält ein Aufsatz von Prof. Biedenkopf: „Eine neue Weltmacht“, in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. August 1972, S. 13.